

Welthandelspolitik vor Hongkong: zwischen Multi- und Bilateralismus¹

Zusammenfassung:

Diese Materialsammlung erläutert den handelspolitischen Hintergrund, vor dem im Dezember in Hongkong die sechste Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) stattfinden wird. Sie beleuchtet aktuelle Streitpunkte und deren Implikationen für die verschiedenen Akteure und dokumentiert sowohl Standpunkte von Regierungen als auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dabei wird gezeigt, dass neben der multilateralen Ebene (WTO) auch bilaterale Abkommen zwischen Ländern und Regionen wieder eine große Bedeutung gewonnen haben. Bilaterale und multilaterale Handelspolitik stehen zwar teilweise in Konflikt zueinander, dennoch bieten sie den Akteuren die Möglichkeit, ihre handelspolitischen Ziele flexibel in verschiedenen Arenen zu verfolgen. In Hongkong wird sich zeigen, ob die Industrieländer ihr Versprechen einlösen können, die laufende Verhandlungsrunde zu einer „Entwicklungsrunde“ zu machen und die Interessen der weniger entwickelten Länder zu berücksichtigen.

1. Die WTO: Stockende Verhandlungen im Blickpunkt

Die Erwartungen an die Ministerkonferenz in Hongkong sind deshalb besonders hoch, weil die letzte WTO-Konferenz in Cancún 2003 an der Uneinigkeit der Akteure gescheitert war. Hintergrund war damals aus der Perspektive der Industrieländer die mangelnde Bereitschaft der Entwicklungsländer, über die sogenannten Singapurthemen zu verhandeln. Aus Sicht der Länder des Südens lag das Scheitern an der Unnachgiebigkeit des Nordens in den Agrarverhandlungen.

In Hongkong sollen nach dem Wunsch der WTO wesentliche Weichenstellungen für den Abschluss der 2001 begonnenen Doha-„Entwicklungsrunde“ getroffen werden. Auf dem Weg nach Hongkong richtete sich im Juli 2004 die Aufmerksamkeit auf den Generalrat der WTO, der in Genf einen Entwurf für die Ministererklärung ausarbeiten sollte. Dieser Zeitplan konnte nicht eingehalten werden, da nicht genügend neue Angebote der Mitglieder auf dem Tisch lagen.

Die zentralen Streitpunkte liegen derzeit bei den Handelsregeln für landwirtschaftliche Güter. Die Entwicklungsländer wollen ihre Märkte vor subventionierten Importen schützen. Der Norden, insb. die EU und die USA, verknüpft den Abbau von Agrarsubventionen mit Zugeständnissen der Entwicklungsländern bei anderen Themen, vor allem der Liberalisierung von Dienstleistungen. Die USA wollen ihre internen Subventionen (*domestic support*) sogar erweitern. Bei Industriegütern (NAMA) ist die Suche nach einer geeigneten Formel für Zollsenkungen der Knackpunkt. Zu den Hintergründen dieser Blockade und Verhandlungspositionen in den wichtigsten Bereichen (Landwirtschaft, Industriegüter, Dienstleistungen) sind im zweiten Teil der Mappe Dokumente zusammengetragen.

2. Jenseits des Scheinwerferlichts: Alternative Bilateralismus

Das Scheitern von Cancún war nicht die erste Krise der 1995 gegründeten WTO. Bereits 1999 kamen die Verhandlungen bei der Ministerkonferenz in Seattle zum Erliegen. Die

¹ Diese Materialmappe wurde 2004 von Niko Fichtner zusammengestellt und 2005 von Sebastian Seiffert 2005 aktualisiert. Stand aller Daten (sofern nicht anders angegeben) ist der 1. September 2005.

WTO-Verhandlungen sind prinzipiell langwierig, da für Entscheidungen stets ein Konsens zwischen den 148 Mitgliedsländern gefunden werden muss („ein Land, eine Stimme“). Unter diesen Bedingungen ziehen es viele Akteure – und vor allem die EU und USA – vor, ihre Handelsinteressen in bilateralen Abkommen zu verfolgen. Die Zahl solcher *Regional Trade Agreements* (RTAs) ist seit Mitte der 1990er Jahre steil angestiegen. Beim zuständigen Komitee der WTO waren Ende 2004 genau 300 FTAs notifiziert, davon 150 bereits in Kraft getreten. Allein durch die EU-Erweiterung im Mai 2004 sind 60 neue RTAs in Kraft getreten

Die EU als handelspolitischer *global player* hat seit Mitte der 1990er Jahre eine Reihe von bilateralen Abkommen abgeschlossen, u.a. mit Südafrika, Chile, Mexiko und verschiedenen Mittelmeeranrainern. Biregionale Verhandlungen laufen momentan mit dem Mercosur, den Euromed-Partnern und den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP). Dabei verfolgt die Generaldirektion für Handel (DG Trade) der EU-Kommission in all diesen Bereichen eine ehrgeizige Liberalisierungsagenda, die über bestehende WTO-Verpflichtungen hinausgeht. Teilweise dienen diese Abkommen als „Hintertür“, um im multilateralen Rahmen von Entwicklungsländern abgelehnte Themen wieder auf den Tisch zu bringen (z.B. Singapur-Themen). Eine ähnliche Strategie verfolgt die USA, die kürzlich die zentralamerikanische Freihandelszone CAFTA unterzeichnen konnte. Bilaterale Gespräche führt der neue US-Handelsbotschafter Robert Portman derzeit etwa mit Thailand, Taiwan, der SACU und den Andenstaaten.

Dokumente zur Kompatibilität der RTAs mit WTO-Bestimmungen sowie Analysen zu bilateralen Abkommen der EU, Brasiliens und Ghanas sind in Teil 3 der Materialmappe zu finden.

3. Regionale/Bilaterale Abkommen aus entwicklungspolitischer Sicht

Die Frage, ob multilaterale oder bilaterale Verhandlungen den Entwicklungsländern bessere Chancen bieten, ihre Interessen im Welthandelssystem effektiv zu vertreten, ist pauschal nicht zu beantworten. Einige Beobachter sind allerdings der Auffassung, in bilateralen Abkommen sei ihre Verhandlungsposition eher schwächer, da es weniger Möglichkeiten zu taktischen Bündnissen (wie G20 oder G90 in der WTO) gebe.

Beide Arten von Abkommen schränken den entwicklungspolitischen Handlungsspielraum der Länder des Südens teilweise erheblich ein. Protektionistische Elemente über rund 20 Jahre ihrer wirtschaftlichen Entwicklung haben bei heutigen Schwellenländern wie Indien, China und Brasilien den Aufbau einheimischer Industrien ermöglicht, die inzwischen auch auf Weltmärkten konkurrenzfähig sind. Diese Möglichkeit würde den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) mit schnellen Liberalisierungsforderungen womöglich genommen.

Dies gilt gerade auch für Bereiche wie das (zu den Singapur-Themen gehörende) öffentliche Beschaffungswesen, wo Entwicklungsländer Infrastrukturprojekte gezielt bei einheimischen Unternehmen in Auftrag geben können.

Für Westafrika wurden 2005 mehrere Studien veröffentlicht, die belegen, dass subventioniert landwirtschaftliche Importe nach dem Abbau von Zollschränken die Existenzgrundlage lokaler Landwirte vernichten, die preislich mit den EU-Produkten nicht konkurrieren konnten. Dokumente zu diesen Aspekten sind im vierten Teil der Mappe zusammengetragen.

Für weitere Informationen: Die aktuellen WEED WTO-Informationsseiten
www.radiohongkong.de - www.wto-runde.de

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED), Torstr. 154, 10115 Berlin, Germany,
Tel.: +49-30-27582163, E-Mail: weed@weed-online.org, www.weed-online.org
* Gefördert von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ *

Akteure in den WTO-Verhandlungen

In den WTO-Verhandlungen gibt es viele Ländergruppen, in denen sich Länder mit weitgehend ähnlichen Verhandlungsinteressen zusammenschließen, um ihr Gewicht zu erhöhen. Meistens konzentrieren sich diese Bündnisse auf Gemeinsamkeiten im Agrarbereich. Dabei kann es sich um Bündnisse handeln, die ausschließlich Industrie- oder Entwicklungsländer einschließen, es gibt aber auch gemischte Gruppen. Manche Bündnisse sind kurzlebig und haben keine institutionellen Strukturen, andere treten seit Jahren regelmäßig als Akteur auf und haben eigene Sekretariate. Im folgenden werden in alphabetischer Ordnung wichtige Gruppen beschrieben, die sich als eigenständige Akteure etabliert zu haben scheinen. Vorgestellt werden auch zentrale Verhandlungsführer, die in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind, aber in den Handelsgesprächen großen Einfluss ausüben.

- [Cairns-Gruppe](#)
- [Europäische Union](#), Handelskommissar [Peter Mandelson](#)
- [G10](#)
- [G20](#)
- [G33](#)
- [G90](#)
- USA, Handelsbeauftragter [Robert Portman](#)
- WTO, Generalsekretär [Pascal Lamy](#)

Cairns-Gruppe – www.cairnsgroup.org

Mitglieder:

Argentinien, Australien, Bolivien, Brasilien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Fiji, Guatemala, Indonesien, Malaysia, Neuseeland, Paraguay, Philippinen, Südafrika, Thailand und Uruguay

Die Cairns-Gruppe besteht aus stark von Agrarexporten abhängigen Ländern und hat daher starkes Interesse an Marktöffnung. Sie wurde 1986 in Cairns (Australien) bei einem Ministertreffen in Hinblick auf die effektive Vertretung ihrer Interesse in der beginnenden Uruguay-Runde im Rahmen des GATT gegründet.

Die Gruppe arbeitet innerhalb der WTO auf eine Harmonisierung der Einfuhrzölle hin und sieht die Vorschläge der G20 als ungenügend an. Sie strebt eine möglichst weitgehende Aufhebung der Regeln für „sensible Produkte“ an. Meinungsunterschiede innerhalb der Gruppe gibt es allerdings bei einheimischen Subventionen für Agrarprodukte, da einige der Mitglieder von ihnen profitieren, andere Handelsnachteile haben.

Europäische Union – www.europa.eu.int/comm/trade

Die EU hat in den letzten Jahren einen eher defensiven Zugang bei den Verhandlungen zum Marktzugang gewählt. Sie möchte den G20-Vorschlag zu Zollsenkungen als Ausgangspunkt weiteren Gesprächen zugrundelegen, hält in aber insgesamt für zu weitreichend. Im Gegensatz zur G10 allerdings hat die EU starke

Interessen am Marktzugang in ausländische Märkte. Einerseits plädiert sie für eine flexible Handhabung der Schutzkategorie „sensible Produkte“, andererseits fordert sie von Entwicklungsländern, die Regeln zu *special products* (SP) und *special safeguard mechanisms* (SSM) enger zu fassen.

Bei internen Subventionen hält die EU an den *blue box*- und *green box*-Regeln fest und stemmt sich gegen Reformansätze. Ein ähnliches Bild bietet sich bei Exportsubventionen: die Union wünscht sich einen sehr langsamen Abbau und hat bisher kein Enddatum genannt. Darüber hinaus erwartet sie für die Drosselung ihrer Agrarsubventionen umfangreiche Zugeständnisse in anderen Bereichen, etwa bei der Liberalisierung von Industrieprodukten und Dienstleistungen.

EU-Handelskommissar PETER MANDELSON

Peter Mandelson übernahm im Oktober 2004 der neuen EU-Kommission unter Barroso als Nachfolger von Pascal Lamy das Ressort Handel. Aufgrund seiner bisherigen politischen Laufbahn und ersten Äußerungen vor dem Europäischen Parlament erwarten Entwicklungs- und Umweltorganisationen eine Verstärkung des neoliberalen Kurses der EU-Kommission in den nächsten fünf Jahren.

Der 1953 in London geborene Mandelson begann seine politische Laufbahn nach dem Studium der Politikwissenschaften, der Philosophie und der Wirtschaftswissenschaften. 1997 leitete er einen erfolgreichen Wahlkampf für Tony Blair. Während dieser Zeit machte er sich einen Ruf als "Meister der Medienmanipulation" und bekam in Labourkreisen die Beinamen "Prinz der Dunkelheit" und "Machiavelli". Er hatte über die Jahre verschiedene Ämter in der Labour Party, als Parlamentsmitglied und als Handelsminister. Mandelson gilt als einer der Hauptarchitekten beim Umbau der Labour Party zu New Labour, das heißt der Verschiebung der Parteilinie weg von einem linken Selbstverständnis hin zu neoliberalen Zügen.

Diese Tendenz wird auch in seinen ersten inhaltlichen Äußerungen in Brüssel deutlich. Bei der formalen Befragung durch das Europäische Parlament am 4. Oktober 2004, die Voraussetzung für seine Zulassung als EU-Handelskommissar ist, legte er seine Vorstellungen für die EU-Handelspolitik dar. Zu seinen Prioritäten für die nächste Zeit gehören das Öffnen der Märkte für Industriegüter, Dienstleistungen und Landwirtschaft; das Abschließen von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit den AKP-Ländern (Afrika-Karibik-Pazifik) aus entwicklungspolitischen Gründen; das Stärken der Partnerschaft zwischen Europa und den USA; das Vervollständigen des EU-MERCOSUR-Abkommen und der Ausbau der "äußerst wichtigen" strategischen Partnerschaft mit China.

Bei der Frage nach seiner Position zu Privatisierung betonte Mandelson mehrmals, dass er zwar nicht für eine Deregulierung des Gesundheits- und Bildungssektors eintrete, jedoch die "Vielfalt" des Angebots innerhalb des öffentlichen Versorgungsnetzes unterstützen würde.

Kritiker erwarten, dass sich Mandelson noch weniger um den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur kümmern wird als sein Vorgänger Pascal Lamy. Auch bei der Frage nach der Bekämpfung des Lobbyismus machte Mandelson keine klaren Zusagen. Stattdessen wählte er für seinen ersten großen öffentlichen Auftritt Anfang November das Jahrestreffen der *Confederation of British Industry* (CBI), des mächtigsten britischen Industrieverbandes.

ZITATE

[Zu Entwicklung durch Handel:](#)

„In the last decade trade has lifted millions out of poverty in Asia. It can do the same in Africa, if we can channel its dynamic force into job creation, wider prosperity, social and regional stability. The keys to this are an effective WTO; fair rules and fair chances for all, and a focus on development in the Doha trade negotiations.“

Zu EU-Exportsubventionen:

„We are in favour of an ambitious tariff-reducing formula for industrial products. There is already broad agreement to proceed on a harmonising formula. In agriculture, in July last year, the EU offered to eliminate all agriculture export subsidies. We stand by this.“

Weitere Informationen von und zu Peter Mandelson:

http://europa.eu.int/comm/commission_barroso/mandelson/index_en.htm

G10

Mitglieder:

Bulgarien, Taiwan, Südkorea, Island, Israel, Japan, Liechtenstein, Mauritius, Norwegen, Schweiz

Gruppe der zehn Länder mit den defensivsten Interessen im Agrarbereich. Die G10 lehnen den G20-Vorschlag zu Zollsenkungen ab und tritt dafür ein, dass die Schutzkategorie „sensibles Produkt“ frei verhandelbar sein soll. Auch bei internen Subventionen hat die Gruppe eine sehr defensive Position und möchte die momentane *blue box*-Regelung erhalten wissen. Bei der *green box* lehnt sie eine Überarbeitung und weitere Klärung der zugrundegelegten Kriterien ab. Bei Exportsubventionen wird eine sehr langsamere Zeitplan für die Abschaffung gefordert. Wie die EU möchte die G10 Zugeständnisse bei den Subventionen mit Erfolgen bei der Liberalisierung von Industriegütern und Dienstleistungen verknüpft sehen.

G20 – www.g-20.mre.gov.br

Mitglieder:

Ägypten, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Indien, Indonesien, Kuba, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Philippinen, Simbabwe, Südafrika, Thailand, Tansania, Venezuela

Die Koalition vereint Länder mit aggressiven Export- und defensiven Schutzinteressen im Agrarbereich. Sie fordert die Abschaffung aller Exportsubventionen, den Abbau anderer handelsverzerrender Subventionen und Marktzugang im Norden. Sie umfasst 19 Entwicklungs- und Schwellenländer, die alle WTO-Mitglieder sind. Die (informelle) Leitung liegt bei Brasilien und Indien. Seit der Ministerkonferenz in Cancún 2003 sind die G20 eine der wichtigsten Gruppen in multilateralen Gesprächen.

Sie hat kürzlich einen Kompromissvorschlag zu Zollsenkungen vorgelegt, der weithin als Basis weiterer Abstimmungsprozesse angenommen wurde. Die G20 schlägt dabei eine deutlich beschränkte Nutzung der „sensitive product“-Regelung vor, stärkere Unterstützung gibt es dagegen für die Beibehaltung der Schutzkategorien SP und SSM. Die Gruppe ist stark daran interessiert, interne Subventionen (*blue box*) bei den Industrieländern einzuschränken.

Das nächste Treffen der Gruppe ist im September in Pakistan geplant. Zeitweise wurde die Gruppe auch als G21 oder G20plus bezeichnet.

Celso Morin, brasilianischer Außenminister

Morin ist momentan, wie schon in den frühen 1990er Jahren, Außenminister und als solcher auch oberster Verhandlungsführer in Handelsangelegenheiten. Er führt formell die G20-Gruppe und ist für deren Koordination zuständig. Der 63 Jahre alte Morin (in Brasilien auch unter dem Nachnamen Amorim bekannt) hat eine lange diplomatische Laufbahn hinter sich und war unter anderem Botschafter Brasiliens in London, ständiger Vertreter Brasiliens bei der WTO in Genf und Vorsitzender des Rates für Handel mit Dienstleistungen in der WTO.

Als G20-Vorsitzender betonte er die Dringlichkeit der Reform bei internen und Exportsubventionen in Industrieländern, sowie die Einrichtung von S&D-Regeln für nicht konkurrenzfähige Kleinbauern in den G20. Er begrüßte das WTO-Rahmenabkommen vom Juli 2004, sagte aber auch, es gebe noch viel zu tun, damit die Doha-Runde das Etikett „Entwicklungsrunde“ verdiene.

ZITATE:

Rede auf WTO-Ministerkonferenz in Cancún, 2003:

“President Lula is totally committed to social justice. This has a domestic dimension as well as an international one. We want to make trade and trade liberalization instruments of social change. Trade must be a tool not only to create wealth but also to distribute it in a more equitable way.”

Zur Rolle der G20:

“The G-21 proposal asks for the full implementation of the Doha mandate in the three pillars of agricultural reform. At the same time, the proposal incorporates legitimate development concerns and the need for special and differential treatment. The countries that have presented the proposal represent over 63 per cent of the world's farmers. It has been carefully designed, technically as well as politically. It cannot be ignored.”

Lebenslauf (portugiesisch):

<http://www.mre.gov.br/portugues/ministerio/estrutura/ministro/chanceler.asp>

G33

Mitglieder:

Antigua und Barbuda, Barbados, Belize, Botswana, Dominikanische Republik, Elfenbeinküste, Grenada, Guyana, Haiti, Honduras, Indonesien, Jamaika, Kenia, Kongo, Kuba, Mauritius, Mongolei, Mosambik, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Philippinen, Sambia, Senegal, Simbabwe, Sri Lanka, Süd-Korea, St. Kitts, St. Lucia, St. Vincent, Surinam, Tansania, Trinidad und Tobago, Türkei, Uganda, Venezuela

Die Gruppe umfasst etwa 40 Länder, die teilweise auch Mitglied der G20 sind. Sie wird von Indonesien angeführt und setzt sich für effizientere Schutzmöglichkeiten für Entwicklungsländer im Agrarbereich ein. Daher wird sie auch als „friends of special products“ bezeichnet. Bei Zolllenkungen fordert sie eine Berücksichtigung der besonderen Tarifstrukturen von Entwicklungsländern. Die Gruppe ist der hauptsächliche Befürworter von SP und SSM, wobei die letzte Kategorie für alle

Entwicklungsländer und alle landwirtschaftlichen Produkte gelten soll. Die Gruppe weist entschieden den Vorschlag von Industrieländern zurück, die momentan möglichen *de minimis*-Bestimmungen für Entwicklungsländer einzuschränken.

G90

Die Gruppe umfasst die Länder der Afrikanischen Union, die AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) und die LDCs (*Least Developed Countries*, am wenigsten entwickelte Länder), die Mitglieder der WTO sind. Sie vertritt defensive Schutzinteressen.

Obwohl die G90 in den Agrarverhandlungen nicht alle Positionen teilen, eint sie der drohende Abbau bisheriger (einseitig gewährter) Präferenzen. Aufgrund dieser Präferenzen sind viele G90-Mitglieder stark auf Marktzugänge in den Industrieländern angewiesen. Viele schlagen vor, die Präferenzen solange zu erhalten, bis der Norden seine Agrarsubventionen angebaut hat, der auf den Weltmärkten die Rohstoffpreise drückt.

USA – www.ustr.gov

Die USA stellen traditionell sehr weitreichende Forderungen im Bereich Marktöffnung. Daher sind ihre die umfangreichen internen Stützungsmaßnahmen für ihre Landwirtschaft oft als Inkonsequenz ausgelegt worden. Die USA lehnen den Vorschlag der G20 zur Zollsenkung bei Agrarprodukten als nicht weitreichend genug ab.

Änderungen bei der *green box* lehnen die USA ab, bei der *blue box* wünschen sie sich großzügigere Regelungen. Die USA sind der weltgrößte Nutzer von Exportkrediten, um die landwirtschaftliche Überproduktion auf dem Weltmarkt absetzen zu können.

US-Handelsbeauftragter ROB PORTMAN

Portman wurde von Präsident George W. Bush am 29. April 2005 als Nachfolger von Robert Zoellick zum US-Handelsbotschafter ernannt. Zuvor war er Abgeordneter des Staates Ohio im Kongress, wo er neue Rechte für Steuerzahler durchsetzte. Weitere Arbeitsbereiche waren Prävention von Drogenmissbrauch und Begünstigung privater Altersvorsorge. Als Mitglied des Unterausschusses für Handel hat er die Gesetzgebung in diesem Bereich aus nächster Nähe verfolgt. So war er bereits 1999 bei der WTO-Ministerkonferenz in Seattle vertreten. In den 80er Jahren arbeitete er für verschiedene Anwaltskanzleien, die auf Handelsrecht spezialisiert sind, in den frühen 90ern als Berater der Regierung Bush senior.

Ein Erfolg gleich zu Beginn seiner Amtszeit war für Portman die Billigung des *Central American Free Trade Agreement* (CAFTA) durch das Repräsentantenhaus im August 2005. Portman sprach in diesem Zusammenhang von einer „historischen Nacht für die amerikanische Führung im freien und fairen Handel“. Trotz seiner intensiven Werbung für das Abkommen war die Mehrheit mit zwei Stimmen äußerst knapp.

Ferner ist Portman mit der Regelung des Textilhandels zwischen den USA und China befasst. Seit Anfang 2005 liefert China deutlich mehr Textilien zu konkurrenzlos günstigen Preisen in die USA als zuvor. Angestrebt wird eine Regelung zur Begrenzung der Exportsteigerungen für eine Übergangsfrist von zwei Jahren, ähnlich der bilateralen Regelung mit der EU im Juni.

ZITATE

Zur Liberalisierung von Dienstleistungsmärkten:

„GATS in no way forces deregulation or privatization of any public service. Non-discrimination in services is not the same thing as requiring deregulation or privatization. Like any trade agreement, GATS simply says that if a state chooses to allow private competition in services, it should give U.S. and foreign firms a fair shake and a chance to compete on equal footing.“

Zu Entwicklungschancen durch Freihandel:

„The University of Michigan estimates that a successful global trade agreement in the WTO could boost U.S. incomes by \$ 537 billion, or \$7500 per family of four. And a WTO agreement would offer hope, opportunity and a pathway out of poverty for as many as 500 million people around the world.“

Zur Verabschiedung des CAFTA:

„House passage of CAFTA will create jobs and economic growth here at home and promote democracy, prosperity and hope in the Central American region. This win sends a powerful signal to the region and the world that the United States will continue to lead in opening markets and leveling the playing field.“

Lebenslauf und aktuelle Themen auf der Seite des US-Handelsrepräsentanten:

http://www.ustr.gov/Who_We_Are/Bios/Ambassador_Rob_Portman.html

WTO – www.wto.org

Last but not least hat die WTO selbst durch Festsetzung der Tagesordnungen, Einberufung informeller Gespräche („green room“) und institutionelle Regelungen selber entscheidenden Einfluss auf den Verlauf der Gespräche.

WTO-Generalsekretär PASCAL LAMY

Am 1. September hat Lamy den WTO-Vorsitz vom Thailänder Supachai Panitchpakdi übernommen. Der 58jährige Franzose ist in der Welt des Handels kein Unbekannter. Er war seit 1999 Mandelsons Vorgänger im Amt des EU-Handelskommissars. Zuvor war er lange Jahre Kabinettschef des EU-Kommissionsvorsitzendem Jacques Delors, in den 90er Jahren hatte er einen Führungsposten bei der französischen Großbank Credit Lyonnais. Diese umfangreichen Referenzen und sein fester Glaube an Freihandel und Multilateralismus machen das mangelnde Charisma bei öffentlichen Auftritten mehr als wett.

Bei den WTO-Verhandlungen in Cancún 2003 hielt Lamy bis zuletzt an der ehrgeizigen EU-Verhandlungsagenda fest, vor allem an den Singapur-Themen, und dies zu einem Zeitpunkt, als diese von einer breiten Allianz aus Entwicklungsländern schon längst abgelehnt waren. Nach dem Scheitern der Konferenz bezeichnete er die WTO als „mittelalterliche Institution“ und trat für eine Vereinfachung der Entscheidungsstrukturen ein.

Nach Einschätzung von Eric Wesselius (*Corporate Europe Observatory*) ist Lamy trotz seiner entwicklungsfreundlichen Rhetorik sehr wirtschaftsnah. So unterhält er enge Beziehungen zum *Trans Atlantic Business Council* und dem *European Services Forum*. Als Handelskommissar kämpfte Lamy energisch – und erfolglos – für den

Abbau von Agrar-Exportsubventionen. Deutliche Erfolge in diesem Bereich sind aber auch vom WTO-Chefsessel aus wegen der mächtigen Agrarlobbys in der EU und den USA nicht gerade wahrscheinlich.

Lamy ist sich der Bedeutung der Entwicklungsländer als Verhandlungspartner bewusst und versucht, ihnen gegenüber Entgegenkommen zu signalisieren – einerseits durch verbale Bekenntnisse zu Entwicklung und Interessen der Länder des Südens, andererseits durch konkrete Zugeständnisse wie die *Everything but arms*-Initiative, die den LDCs zollfreien Zugang zur EU für einige Agrargüter ermöglicht. Andererseits glauben Kritiker wie Nicola Bullard (*Focus on the Global South*) bei ihm skrupellose Strategien wie „divide et impera“ festzustellen. Beim WTO-Generalrat in Genf im Juli 2004 bot er der G90 eine „Freirunde“ an: sie sollten nicht zu Zolllsenkungen im Agrarbereich gezwungen werden. Damit habe Lamy versucht, die Gruppe von der G20 zu spalten.

ZITATE:

Zur Lage der WTO nach Cancun:

„Keeping the doors closed is self-defeating for the WTO. It feeds the unfounded paranoia about the WTO that prevails among the anti-globalists, the hard-core protectionists, and all the others in the world who oppose all that the Members of the WTO are trying to accomplish as the WTO.“

Zu seinen Plänen für den Beginn der Amtszeit als WTO-DG:

„I believe that we have a crucial task ahead: to complete the Doha Development Agenda Round of trade talks. This will be my immediate first, second and third priority so as to ensure that trade opening continues to contribute to development and that we place the interests of developing countries at the centre of the world trading system.“

Über Zugeständnisse der Industrieländer in der WTO:

„If we want to improve our own access to foreign markets then we can't keep our protected sectors out of the sunlight. We have to be open to negotiating them all if we are going to have the material for a big deal.“

Lebenslauf und Reden von Lamy auf der WTO-Seite:

http://www.wto.org/english/thewto_e/dg_e/dg_designate_e.htm

Für weitere Informationen: Die aktuellen WEED WTO-Informationsseiten

www.radiohongkong.de - www.wto-runde.de

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED), Torstr. 154, 10115 Berlin, Germany,

Tel.: +49-30-27582163, E-Mail: weed@weed-online.org, www.weed-online.org

* Gefördert von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ *